

# Tripartite Zusammenarbeit wird verbessert

Die Kommunalverbände sind Partner der Organisation E-Government Schweiz. Sie sind im Steuerungsausschuss und im neuen Planungsausschuss mit je drei Personen vertreten und können damit ihre Anliegen noch besser einbringen.

Bund und Kantone haben Ende 2015 die erneuerte E-Government-Strategie und die überarbeitete öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit 2016–2019 genehmigt. Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) und der Schweizerische Städteverband (SSV) haben die Strategie mitunterzeichnet. Der SGV hat intensiv an der Weiterentwicklung der E-Government-Strategie Schweiz beziehungsweise an der Rahmenvereinbarung mitgearbeitet. Der SGV und der SSV sind Partner der Organisation E-Government Schweiz. «Mit unserem Engagement wollen wir die grosse Bedeutung der tripartiten Zusammenarbeit im E-Government-Bereich unterstreichen», sagt Michael Bützer, stellvertretender Direktor des SGV. In der neuen Rahmenver-

einbarung müssen die Kantone ihre Gemeinden beispielsweise in die Zielerfüllung von E-Government Schweiz mit einbeziehen. «Der SGV ist überzeugt, dass die in der nationalen Strategie definierten Massnahmen und Projekte für Städte und Gemeinden nur dank einem abgestimmten, gemeinsamen Vorgehen auch erfolgreich auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können», sagt Bützer.

## Neue Organisation

E-Government Schweiz ist neu folgendermassen aufgestellt: Neben dem Steuerungsausschuss, der für strategische Entscheide verantwortlich ist, nimmt neu ein Planungsausschuss die operative Steuerung wahr und entlastet so den Steuerungsausschuss (siehe auch Interview unten). Die kommunale

Ebene ist mit drei Personen in beiden Steuerungsgremien vertreten, sodass die Anliegen der Städte und Gemeinden beim Festlegen der Prioritäten und bei der Vergabe der Mittel unmittelbar eingebracht werden können. Der SGV befürwortet diese neue Organisation ausdrücklich. «Die Koordination der verschiedenen, aktuell im IKT-Bereich tätigen Organisationen wird massgeblich verbessert», sagt Bützer. Der Bund selber wird sogar einen E-Government-Koordinator erhalten. «Dies wird sich sicherlich positiv auf die Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden auswirken.»

*Philippe Blatter*

## Informationen:

[www.egovernment.ch](http://www.egovernment.ch)

## «Auf Schwerpunkte fokussieren»

Cédric Roy, seit Anfang Jahr Leiter der Geschäftsstelle E-Government Schweiz, sagt im Interview, wie die Gemeinden von der neuen E-Government-Strategie profitieren und welche Vorhaben finanziell gefördert werden.

### «SG»: Welche E-Government-Dienstleistungen nutzen Sie persönlich?

**Cédric Roy:** Im Kanton Wallis, wo ich wohne, gibt es noch nicht allzu viele elektronische Behördenleistungen. Was ich regelmässig online erledige, ist die Organisation der Pkw-Zulassung. Weiter würde ich sehr gerne von der Möglichkeit, elektronisch zu wählen und abzustimmen, oder der Onlinedeclaration der Steuererklärung Gebrauch machen. Falls ich dereinst nach Bern ziehe, würde ich die Umzugsmeldung vorzugsweise elektronisch erledigen. Dafür braucht es jedoch – nicht nur im Kanton Wallis, sondern in der ganzen Schweiz – noch einige Bemühungen. Den Ausbau des elektronischen Behördenangebotes wollen wir mit der Umsetzung der nationalen E-Government-Strategie beschleunigen.

### Was ist an der E-Government-Strategie 2016–2019 neu?

Die Vorgabe des Steuerungsausschusses für die Weiterentwicklung der E-Government-Strategie von 2007 war, einen stärkeren Bezug zwischen Strategie und Umsetzungsebene zu schaffen. Davon ausgehend weist die neue Strategie ein Leitbild und vier strategische Ziele auf, die vorgeben, welche Fortschritte Bund, Kantone und Gemeinden im und mit E-Government erreichen wollen. Diese strategischen Ziele werden im Rahmen eines Schwerpunktplans über messbare, operative Ziele verfolgt. Die Strategieumsetzung wird darüber hinaus in den strategischen Prinzipien definiert. Richtungsweisend ist für die Zusammenarbeit der drei Staatsebenen, das erste Prinzip, welches besagt, dass die «ge-



Cédric Roy, Leiter der Geschäftsstelle E-Government Schweiz.

Bild: zvg

samtschweizerischen Anstrengungen» wenige Schwerpunkte fokussieren, die für die Umsetzung von E-Government grundlegend sind. Das heisst, dass mit der neuen E-Government-Strategie nicht das ganze Feld der elektronischen Behördenleistungen vorangetrieben wird, sondern nur jene, die schweizweit von grosser Bedeutung sind. So bündeln Bund, Kantone und Gemeinden ihre gemeinsamen Aktivitäten in der Absicht, in den definierten Bereichen mehr Wirkung zu erzielen.

**Wie profitieren die Gemeinden von der E-Government-Strategie?**

Die erneuerte E-Government-Strategie ist eine nationale; alle Staatsebenen haben sie Ende 2015 gutgeheissen. Die Gemeinden profitieren davon, dass E-Government Schweiz Basisinfrastrukturen, aber auch Projekte mit hohem Koordinationsbedarf, wie die elektronische Umzugsmeldung, fördert. Zu den Basismodulen, die für die kommunale Ebene interessant sind, gehören insbesondere die Etablierung der elektronischen Identität sowie der Aufbau eines Identitätsverbundes Schweiz. Diese bieten Gemeinden bezüglich Identifikation und Authentifizierung Mittel und Rahmenbedingungen, um den Einwohnerinnen und Einwohnern elektronische Leistungen einfach und sicher anzubieten.

**«Bund, Kantone und Gemeinden bündeln ihre gemeinsamen Aktivitäten.»**

**Wie erfolgt die Zusammenarbeit der drei Staatsebenen konkret?**

Der Bundesrat und die Konferenz der Kantonsregierungen sind die Träger der Organisation E-Government Schweiz. Sie unterstützen die Zusammenarbeit jährlich mit je 2,5 Millionen Franken. Die beiden Trägerorganisationen sowie die Partner, der Gemeinde- und der Städteverband, delegieren die Vertreterinnen und Vertreter in die Steuerung der Organisation.

Es gibt den politisch zusammengesetzten Steuerungsausschuss, der die strategischen Entscheide trifft. Neu gibt es zudem den aus je drei E-Government-Fachleuten aller föderalen Ebenen zusammengesetzten Planungsausschuss, der die operative Steuerung wahrnimmt. Der Planungsausschuss definiert, welche Projekte und dauerhaften Aufgaben, sogenannte «Leistungen», in den Schwerpunktplan aufzunehmen sind. Die Mitglieder des Steuerungsausschusses treffen sich zweimal pro Jahr. Der Planungsausschuss hat die Verantwortung für das Controlling der Projekte und tagt daher bis zu sechsmal

jährlich. Die Geschäftsstelle übernimmt weiterhin die Koordination und Kommunikation. Die Umsetzung der Projekte liegt in der Verantwortung verschiedener Verwaltungsstellen und Organisationen, darunter Bundesämter, der Verein eCH, der Verband Schweizerischer Ein-

wohnerdienste oder die Schweizerische Informatikkonferenz.

**Fünf Millionen Franken wollen Bund und Kantone bis 2019 jährlich für den Ausbau von E-Government-Dienstleistungen aufwenden. Welche Vorhaben werden damit unterstützt?**


Im Schwerpunktplan unterstützen Bund und Kantone Massnahmen, die im Rahmen von acht strategischen Projekten und drei strategischen Leistungen umgesetzt werden. Dazu gehört die Ausbreitung von elektronischen Angeboten für die Bevölkerung wie eUmzug oder Vote électronique ebenso wie Services für die Wirtschaft wie die elektronische Mehrwertsteuer-Abrechnung und der Aufbau eines Transaktionsportals für die Wirtschaft. Drittens, als eigentlichen Schwerpunkt, fördern Bund und Kantone mit den Mitteln den Aufbau von Basismodulen, wie der eID, den Aufbau eines Identitätsverbunds oder die Ausbreitung eines Signaturvalidators. Finanziert werden auch dauerhafte Aufgaben, die für E-Government in der ganzen Schweiz wichtig sind, beispielsweise die Pflege von Standards oder der Zugang zu elektronischen Behördenleistungen für die Bevölkerung. Mit der neuen Rahmenvereinbarung tragen Bund und Kantone auch die Kosten für die Geschäftsstelle, also deren Personal und Budget, je hälftig.

*Interview: Philippe Blatter*

Anzeige

## VIELSEITIGE ELEKTRONISCHE ZUTRITTLÖSUNGEN

- für Aussentüren, Büros, Besprechungs- und Technikräume, Materiallager, Tore, Aufzüge, Schränke, Spinde, Parkflächen, abgelegene Standorte u.v.m.
- massgeschneiderte Systemarchitektur: online, offline, funkvernetzt und mobil
- Systemplattform mit Türbeschlägen und -zylindern, Wandlesern, Spindschlössern, Software u.v.m.
- weltweit an über 2 Millionen Türen im Einsatz; davon ca. 600'000 in Deutschland, Österreich und der Schweiz





SALTO Systems AG  
www.saltosystems.ch